

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 47 (2020)
Heft: 5

Artikel: Rüstungsindustrie im Kreuzfeuer
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1032921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rüstungsindustrie im Kreuzfeuer

Schweizer Waffenexporte sorgen immer wieder für Kritik. Gleich zwei Volksinitiativen nehmen die Rüstungsindustrie ins Visier. Eine davon kommt am 29. November zur Abstimmung.



THEODORA PETER

Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterial» will Schweizer Investitionen in die Rüstungsindustrie weltweit unterbinden. Konkret sollen die Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen keine Gelder in Unternehmen stecken dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Hinter der Initiative stehen die Gruppe Schweiz ohne Armee (GsoA) sowie die Jungen Grünen. Aus ihrer Sicht muss die Schweiz als neutrales Land und Hüterin der Genfer Konventionen darauf verzichten, «Profit aus den Opfern von Kriegen zu schlagen».

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative jedoch ohne Gegenvorschlag ab. Aus Sicht von Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) genügen die bestehenden Verbote zur Finanzierung von atomaren, biologischen, chemischen Waffen sowie von Streu-

munition. Die Initiative würde laut Parmelin viele rüstungsferne Unternehmen treffen, zum Beispiel eine Glasfirma, die nebst normalen Fenstern auch solche für Cockpits von Kampfjets produziert.

Das Volksbegehren, welches ausschliesslich vom linksgrünen Lager unterstützt wird, dürfte an der Urne einen schweren Stand haben – wie schon frühere GsoA-Initiativen: 2009 scheiterte eine Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten an der Urne mit rund 68 Prozent Nein-Stimmen deutlich.

Gegen Exporte in Konfliktregionen

Grössere Erfolgsaussichten hat die von einem überparteilichen Komitee getragene Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Sie verlangt kein absolutes Verbot von Kriegsmaterialexporten – im Gegensatz zur gescheiterten GsoA-Initiative.

Mit hölzernem Panzer gegen Waffenexporte: Aktivisten der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» demonstrieren in Bern (2017).
Foto Keystone

Hingegen sollen keine Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer oder in Länder gelangen, wo die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden.

Auslöser dieser «Korrektur-Initiative» war das Vorhaben des Bundesrates, den Export von Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer zuzulassen, wenn kein Grund zur Annahme besteht, dass die Waffen im Konflikt eingesetzt werden. Die Regierung wollte damit die Schweizer Rüstungsindustrie stützen, verzichtete dann angesichts heftiger Kritik auf die Lockerung. Die Initianten möchten aber darüber hinaus einen Parlamentsentscheid von 2014 rückgängig machen, der Waffenexporte auch in Länder mit systematischer Verletzung der Menschenrechte zulässt. Der Bundesrat will dem Parlament einen Gegenvorschlag unterbreiten, der den Initianten entgegenkommt. Die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer schliesst einen Rückzug des Volksbegehrens nicht aus, wenn das Anliegen auf dem Gesetzesweg umgesetzt wird. Ob die «Korrektur-Initiative» dereinst an die Urne kommt, bleibt somit vorläufig offen.

Verdoppelung der Waffenexporte

Im ersten Halbjahr 2020 exportierten Schweizer Unternehmen Kriegsmaterial im Wert von 501 Millionen Franken. Das ist fast doppelt so viel wie in der Vorjahresperiode (273 Mio. Fr.) exportiert wurde. Laut den Behörden sind solche Schwankungen nicht aussergewöhnlich und einzelnen Grossaufträgen geschuldet. Auf der Liste der Abnehmer stehen 55 Länder. Grösster Importeur war im ersten Halbjahr Indonesien: Das Land kaufte für 110 Mio. Franken Flugabwehrsysteme. Botswana wiederum beschaffte für 64 Mio. Franken gepanzerte Fahrzeuge. In Europa waren Dänemark, Rumänien und Deutschland die grössten Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial. (TP)